

## Antrag

der Abgeordneten Mag.<sup>a</sup> Kollermann gemäß § 32 LGO 2001

betreffend: "**Mobilitätssicherheit statt Verkehrslawinen - Verkehrspolitik in NÖ neu denken**"

Mobilität bedeutet Freiheit und ist eines der Grundbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger. Als Freund\_innen der Freiheit wollen wir jedem und jeder die Möglichkeit geben, Mobilitätsbedürfnisse möglichst gut zu decken. Gleichzeitig ist Verkehr auf Basis von fossilen Treibstoffen insgesamt aber für ca. 30% unserer CO<sub>2</sub> Emissionen verantwortlich. Das heißt, in diesem Teilbereich sind Lenkungseffekte besonders wirksam. Zuerst müssen wir die Verkehrs- und Raumplanung miteinander vereinen, um möglichst viele unnötige Wege zu vermeiden. Dann müssen wir die richtigen Anreize für Forschung, Wirtschaft und die Konsumenten setzen, um den CO<sub>2</sub> Ausstoß des Sektors zu verringern. Konkret: Mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung, Abschaffung ineffizienter Umweltsteuern und Ersatz durch eine einheitliche CO<sub>2</sub> Steuer sowie eine noch stärkere Vernetzung der Verkehrssysteme. Es ist hingegen weder zielführend, "die Autofahrer" als Feindbild, noch als Opfer zu stilisieren. "Die Autofahrer" sind keine homogene Gruppe. Menschen benützen Autos, um zu ihrem Zielort zu kommen.

Das Problem des Klimawandels erfordert es zu handeln und beschwichtigende Sonntagsreden endlich einzustellen.

Verantwortungsvolle, zukunftsgerichtete Verkehrspolitik hat die Aufgabe, gemeinsam mit allen Interessensgruppen innovative Konzepte zu entwickeln und entlang dieser Konzepte Entscheidungen zu treffen, auch wenn das für die Landespolitik bedeutet, die eine oder andere unpopuläre Maßnahme zu setzen und an bestimmte Stakeholder unangenehme Nachrichten zu überbringen. Die Zeiten, in denen man mit "more of the same"-Politik das Auslangen fand und geleitet von Stimmenmaximierung ausschließlich in Legislaturperioden denkt, sind angesichts der bereits spürbaren Klimaveränderungen endgültig vorbei. Dies nicht zu akzeptieren, bedeutet die Wissenschaft zu ignorieren, angesichts dessen nicht unverzüglich zu handeln bedeutet, künftige Generationen mit den Konsequenzen unserer Untätigkeit zu belasten.

Innovation in Ökologie und Wirtschaft ist der Schlüsselbegriff! Straße, Schiene, Wasser oder in der Luft – überall bieten sich durch Innovation Möglichkeiten, intelligente Verkehrssysteme und die Mobilität der Zukunft zu entwickeln. Diese neuen Entwicklungen im Verkehrswesen dürfen durch bestehende Monopolregelungen nicht behindert werden.

Konkrete Ansätze für die Ökologisierung des Verkehrs gäbe es viele:

- Verkehr macht in etwa 30% der gesamten CO<sub>2</sub> Emissionen in Österreich aus.
- Im Transportsektor (auch durch Tanktourismus – CO<sub>2</sub> wird Österreich angerechnet) liegt der Ausstoß bei rund 22 Mt CO<sub>2</sub>e und ist dieser damit der mit Abstand größte Emittent, der nicht vom Emissions Trading System der EU erfasst ist.
- Die Energieintensität insgesamt steigt leicht und ebenso steigt die Verbrauchsentwicklung im Verkehr immer noch (Quelle: BMWFW).

Davon ausgehend bietet sich, nicht zuletzt aus wirtschaftlicher Sicht, der Blick über den Tellerrand an:

- Stärkung der Elektromobilität – Emissionsreduktion im Strombereich ist wesentlich leichter als bei Verbrennungsmotoren

- Forschung im Bereich anderer alternativer Antriebsformen, um die Abhängigkeit von Erdöl im Verkehrssektor (in Ö: 95%) zu senken.
- Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene. Dazu sollen insbesondere weitere Logistik Hubs nahe der Metropole Wien gemeinsam mit Wien/der Ostregion evaluiert werden.
- Forcierung der Konzepte Smart Cities und "smarter Regionen" – insbesondere mit Hinblick auf eine stärker vernetzte Mobilität (Kombination Straße mit Schiene, Combined Ticketing), besserer Anschluss der Umlandgebiete an Ballungszentren
- Stärkung der Kostenwahrheit, Evaluierung von Road Pricing Systemen
- Mehr Kostenwahrheit zwischen den einzelnen Verkehrsträgern.
- Zu guter Letzt: Es braucht einen Bewusstseinswandel: Die Teilnahme am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben muss im Vordergrund der Überlegungen stehen. Verkehrsströme müssen nicht endlos wachsen.

Die Gefertigte stellt daher den Antrag

**Antrag:**

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

"Die Landesregierung wird aufgefordert, unter Einbindung aller Stakeholder ein Fortschrittskonzept für die Mobilität in Niederösterreich zu erstellen und dem Landtag vorzulegen. Dieses Fortschrittskonzept soll insbesondere auf die Verbindung von Wirtschaft und Umwelt ausgerichtet sein, das Bundesland als Wirtschaftsstandort attraktiv machen, die CO<sub>2</sub> Emissionen aus dem Verkehrssektor deutlich absenken und der Bevölkerung Mobilität in zumutbaren Zeiten zur Verfügung stellen. Dabei soll sowohl auf die Zusammenarbeit mit allen angrenzenden Bundesländern, als auch auf den zukunftsgerichteten Bedarf der Bevölkerung Bezug genommen werden."

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem UMWELT-Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.